

Pressemitteilung

Hannover, 13.08.2019



Chance für eine bessere berufliche Bildung

Berufsschullehrerverband VLWN fordert nach dem Aus der Landesschulbehörde ein „NIBB“

Mehr Eigenverantwortlichkeit, klarere Organisationsstrukturen und ein spürbarer Bürokratieabbau für die berufliche Bildung, diese Erwartung verknüpft der Landesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLWN) mit der geplanten Auflösung der niedersächsischen Landesschulbehörde zum 30. November 2020. „Die Veränderungsbemühungen des Kultusministeriums bei der Neustrukturierung der Verantwortlichkeiten sind schön und gut. Nur bleiben dabei wieder einmal die Bedürfnisse der berufsbildenden Schulen, die sich vielfältig von denen der allgemeinbildenden Schulen unterscheiden, unberücksichtigt“, sagt Joachim Maiß, Vorsitzender des VLWN. Das Alternativmodell des Verbandes: Ein „Niedersächsisches Institut für Berufliche Bildung“ (NIBB) nach dem Vorbild des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung (HIBB) soll die Zuständigkeit für die berufsbildenden Schulen übernehmen.

„Statt die Fachaufsicht der berufsbildenden Schulen bei den vier neuen Landesämtern anzudocken und so alles beim Alten zu belassen, muss ein spezifisches Steuerungssystem für die berufsbildenden Schulen entwickelt werden, das auf die Bedürfnisse der beruflichen Bildung sowie auf deren Arbeitskontexte zugeschnitten ist und auch den daraus resultierenden Anforderungen der Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler gerecht wird. Ich glaube nicht, dass die neuen Landesämter gleichermaßen den unterschiedlichen Ansprüchen der berufsbildenden und allgemeinbildenden Schulen gerecht werden können. Dafür ist der Schulalltag zu unterschiedlich“, sagt Maiß und verweist auf die dualen Partner in der Berufsausbildung und die damit verbundene weite Spreizung der Erwartungen der Ausbildungsbetriebe an die berufsbildenden Schulen sowie die Vielfalt der unterschiedlichen vollzeitschulischen Schulformen und Bildungsangebote im beruflichen Segment.

„Die Institutslösung ermöglicht klarere Organisationsstrukturen, mehr Eigenverantwortlichkeit an den berufsbildenden Schulen und einen notwendigen Bürokratieabbau, um die berufliche Bildung langfristig zukunftssicher aufzustellen“, sagt Maiß. Ein Niedersächsisches Institut für Berufliche Bildung (NIBB) kann – bedarfsgerecht zugeschnitten auf die Belange der berufsbildenden Schulen – bei Organisations- und Verwaltungsaufgaben unterstützen, Rechts- ebenso wie fachdidaktische Beratung bieten, Schulentwicklungsprozesse begleiten, Fort- und Weiterbildungsangebote entwickeln und vieles mehr anbieten. „Der VLWN ist gerne bereit, seine bildungsorganisatorischen Erfahrungen einzubringen, um die Gründung eines NIBB voranzutreiben und diesen so wichtigen bildungspolitischen Prozess zu begleiten“, sagt Maiß.

Nur wenige Tage nach Beginn der Sommerferien hatte das Kultusministerium die Zerschlagung der niedersächsischen Landesschulbehörde bekanntgegeben. Bis Ende November 2020 wird die Zentrale aufgelöst und die Steuerung in das Kultusministerium überführt. Im Gegenzug werden die vier Regionalabteilungen in Osnabrück, Lüneburg, Braunschweig und Hannover zum 1. Dezember 2020 zu Landesämtern aufgewertet. Der Schritt ist die Konsequenz aus der Online-Befragung „Mehr Zeit für gute Schule“, die ein wenig schmeichelhaftes Ergebnis auf die Arbeitsqualität der Landesschulbehörde warf, sowie einer 2018 nachgeschalteten Organisationsuntersuchung des Ministeriums.